

3. Dezember 2021

KW 48: Das Ende einer Ära: 16 Jahre CDU-Bundeskulturpolitik, Politik & Kultur Dezember/Januar, ...

**... Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung, Sonderfonds
Kulturveranstaltungen, Text der Woche**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Koalitionsvertrag steht, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP werden fast sicher zu einer Ampel-Regierung zusammenfinden und **Olaf Scholz** wird, wie geplant, nächste Woche zum Bundeskanzler gewählt werden. Die Ära Merkel ist zu Ende.

Damit endet eine 16-jährige Erfolgsgeschichte christdemokratischer Kulturpolitik in der Berliner Republik. Doch zurück auf Anfang: Das Amt des Staatsministers oder der Staatsministerin für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt wurde 1998 in der ersten rot-grünen Regierung unter **Gerhard Schröder** eingeführt. Eigentlich der Rang eines Staatssekretärs, doch für den ersten Staatsminister **Michael Naumann** wurde eine Aufwertung des Staatssekretärs in ein Staatsministeramt erfunden und dabei blieb es. Auf Michael Naumann folgte in der Hälfte der Amtszeit **Julian Nida-Rümelin** und dann in der zweiten Regierung Schröder **Christina Weiss**. In ihrem personellen Kernbestand speiste sich die neue oberste Bundesbehörde aus der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums, die zuvor für die Kulturpolitik im Inland zuständig war.

Auf der Haben-Seite des neuen Amtes, namens BKM, stand vor allem eine neue Aufmerksamkeit für Kultur und Kulturpolitik auf der Bundesebene. Insbesondere **Michael Naumann** ist es verdanken, dass das Thema in aller Munde war. Sehr zum Verdruss der Länder, die zusätzlich mit dem Satz, dass die Kulturhoheit der Länder „Verfassungsfolklore“ sei, „auf die Palme getrieben“ wurden. Gleichfalls auf der Haben-Seite kann unter anderem das Gesetz zur Buchpreisbindung, die Gründung der Kulturstiftung des Bundes, die Übernahme der Finanzierung der Akademie der Künste und des Jüdischen Museums Berlin sowie der Masterplan Museumsinsel verzeichnet werden. Insbesondere die Gründung der Kulturstiftung des Bundes wurde von **Julian Nida-Rümelin** energisch vorangetrieben. Bei all diesen Themen war der Streit mit den Ländern vorprogrammiert und prompt folgte er. Auf der Soll-Seite steht die Absenkung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse von 25 auf 20 Prozent sowie die Abschaffung der bereichsspezifischen Abgabesätze mit der Wirkung, dass die Künstlersozialkasse ganz infrage gestellt wurde. Weiter wurde die Deutsche Welle drastisch geschröpft und insbesondere in der Zeit von 2002 und 2005 konnte, trotz aller Bemühungen von Staatsministerin **Christina Weiss**, der Bundeskulturretat nicht gesichert werden. Die Bilanz nach sieben Jahren sozialdemokratischer Bundeskulturpolitik war also trotz allen Diskurses eher gemischt.

3. Dezember 2021

Im Jahr 2005 begann die Ära Merkel. Den Kulturbereich trieb die Sorge um, ob wieder zum Status quo ante zurückgekehrt und das BKM aufgelöst würde. Der Deutsche Kulturrat hatte sich schon im Vorfeld der Wahl dafür stark gemacht, dass am Amt festgehalten würde und ich selbst hatte die kühne, weil sehr umstrittene, Behauptung aufgestellt, dass ein „Politik-Profi“ das Amt übernehmen müsse. Das war natürlich provokant, denn **Michael Naumann** hatte als Vorsitzender des Verlegerausschusses des Börsenvereins verbandspolitische Erfahrung, **Julian Nida-Rümelin** war Kulturdezernent der Landeshauptstadt München und trug in der SPD Verantwortung und **Christina Weiss** war zuvor zehn Jahre lang Hamburger Kultursenatorin. Die drei SPD-Kulturstatsminister hatten also durchaus politische Erfahrung, gehörten aber nicht dem Deutschen Bundestag an und kannten sich auf der Bundesebene nicht wirklich aus.

Mit der Ernennung von **Bernd Neumann** zum Staatsminister für Kultur und Medien beendete **Angela Merkel** alle Spekulationen um eine Abschaffung des Amtes, sie wählte zugleich einen „echten“ Politik-Profi, der seit 1987 dem Deutschen Bundestag angehörte und bereits als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium Erfahrungen in der Leitung einer Bundesbehörde gesammelt hatte. Anders als beim Feuilleton, das dieser Personalie eher kritisch gegenüberstand, reüssierte Neumann bei den Bundeskulturverbänden sofort. Zu seinem Erfolg trug aber nicht nur die stetige Erhöhung des Bundeskulturetats, die finanzielle Stärkung der Deutschen Welle und anderes mehr bei. Die Stärke von Neumann lag in der Moderation, im Gespräch, in seinen Verbindungen in das Parlament. Er wusste genau, dass er die Mitglieder des Deutschen Bundestags, insbesondere die Mitglieder des Kulturausschusses, für sich gewinnen musste und das gelang ihm auch parteiübergreifend. Sitzungen des Kulturausschusses, dem er zuvor bereits als Abgeordneter angehörte, waren für ihn „Pflichttermine“. Telefondiplomatie mit den Haushaltern und anderen gehörte dazu. Wichtig war ihm ebenso der Dialog mit den Bundeskulturverbänden, so manche „Kuh konnte vom Eis geholt werden“. Gerne lud er auf der Terrasse vor seinem Büro im Bundeskanzleramt ein, in der prallen Sonne „kochte“ er sein Gegenüber im wahrsten Sinne des Wortes weich.

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen von ihm eingerichteten Arbeitskreis, in dem 12 Punkte zum Urheberrecht erarbeitet wurden. Neumann ließ es sich nicht nehmen, persönlich dabei zu sein. Er trieb die anwesenden Juristen fast in den Wahnsinn, in dem er immer und immer wieder nachfragte und betonte, man möge es ihm, dem „Nicht-Juristen“, doch noch einmal genau erklären, was gemeint sei. Manche der anwesenden Juristen haben für ihre Fehleinschätzung, Neumann würde es an Sachkenntnis in dem Feld fehlen, heftig Lehrgeld bezahlen müssen.

Monika Grütters, seine Nachfolgerin, konnte ebenfalls auf eine parlamentarische Laufbahn, erst im Abgeordnetenhaus von Berlin und dann seit 2005 im Deutschen

3. Dezember 2021

Bundestag, zurückblicken, als sie 2013 Kulturstaatsministerin wurde. Von 2009 bis 2013 war sie Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags und damit mit den Debatten im Parlament bestens vertraut.

Ihre erste Amtszeit als Kulturstaatsministerin war von der Diskussion um das Kulturgutschutzgesetz geprägt. Ein Gesetz, das federführend von der BKM bearbeitet wurde. Dies war eine Besonderheit, denn bei anderen den Kulturbereich betreffenden Gesetzen wie dem Künstlersozialversicherungsgesetz oder dem Urheberrecht war das BKM „nur“ mitberatend.

Die Diskussion um das Kulturgutschutzgesetz wurde höchst emotional und mit harten Bandagen geführt. Lange nicht aus der Deckung gewagt hatte sich Grütters, als es um die TTIP-Verhandlungen 2015 und besonders 2016 ging. Wurde anfangs noch gesagt, dass der Kulturbereich gar nicht von dem Handelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten betroffen sei, veröffentlichte Grütters schließlich zusammen mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** ein Papier, in dem rote Linien für den Kulturbereich aufgezeigt wurden. Da hatte sie gerade noch einmal die Kurve bekommen.

Die letzten beiden Jahre der Amtszeit Grütters waren von der Coronapandemie geprägt. Sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpften unermüdlich, dass der Kulturbereich bei den allgemeinen Hilfsmaßnahmen angemessen mitbedacht wird. Unsere Forderung nach einem großen Investitionsprogramm in die Kultur gerade in der Krise wurde von ihr aufgenommen. Mit NEUSTART KULTUR, so wurde das Investitionsprogramm später genannt, wurde ein 2 Milliarden starkes Hilfsprogramm an den Start gebracht. Die Besonderheit ist hier, dass die Konzeption der Hilfsprogramme, deren Ausgestaltung und Vergabe durch die Bundeskulturverbände, Stiftungen und künstlerischen Fonds erfolgte. NEUSTART KULTUR ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Zivilgesellschaft. Die Passfähigkeit der Programme zeigt, dass der Weg richtig war und ist.

Mit dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen besteht ein weiteres großes spezielles Bundesprogramm für den Kulturbereich mit einem Volumen von 2,5 Milliarden Euro, das in enger Abstimmung mit den Ländern erfolgt. Grütters hat dafür gesorgt, dass wir als Vertreter der Zivilgesellschaft in die politische Umsetzung eng mit eingebunden wurden.

Ganz abgesehen von diesen Corona-Sonderprogrammen kann Grütters stolz auf kontinuierliche Steigerungen ihres Etats und einen stetigen Bedeutungsgewinn der Behörde, der sich auch in der Zahl der Beschäftigten, fast 400, widerspiegelt, zurückblicken. Zugleich wurde in der Pandemie der Status der Obersten Bundesbehörde im Bundeskanzleramt zur Bürde. Das BKM war eben kein gleichgewichtiger Partner, als es um die ersten Formulierungen des Infektionsschutzgesetzes ging, weshalb Kulturveranstalter

3. Dezember 2021

sich im Gesetzestext in unmittelbarer Nähe von Bordellen im Freizeitbereich wiederfanden. Vielleicht hat dies „dem Fass den Boden ausgeschlagen“, sodass zum Ende ihrer Amtszeit auch **Monika Grütters** endlich ein eigenständiges Bundeskulturministerium forderte, was aber leider wegen der sozialdemokratischen Mutlosigkeit auch in der kommenden Regierung nicht installiert wird.

Und die Kanzlerin? Sie hielt sich in den 16 Jahren ihrer Amtszeit kulturpolitisch auffallend zurück, obwohl sie eigentlich als Bundeskanzlerin auch die Kulturministerin der Bundesrepublik Deutschland war. In der Pandemie veröffentlichte sie im Frühjahr 2020 einen Podcast, in dem sie speziell auf den Kulturbereich einging. Sie sprach zum 20-jährigen Jubiläum des BKMs und bei anderen großen kulturellen Anlässen. Und sie unterstützte den Aufbau der vom Deutschen Kulturrat initiierten „Initiative kulturelle Integration“. Außerdem war sie Stammgast der Wagner-Festspiele in Bayreuth. Viel mehr sichtbare Kulturpolitik von ihr gab es leider nicht.

Kulturstaatsminister Neumann und Kulturstaatsministerin Grütters gestalteten als ihre Staatssekretäre letztlich in eigener Verantwortung die Bundeskulturpolitik. Sie haben, mit Blick auf die Parteifarbe der Union, eine erfolgreiche schwarze Kulturpolitik entwickelt. Als gewählte Abgeordnete waren sie nicht auf das Wohlwollen und den Schutzschirm ihrer Chefin angewiesen. Dies hat zur Stärkung des Amtes beigetragen. Es ist zu hoffen, dass hinter das Erreichte nicht wieder zurückgefallen wird. Die 16-jährige Ära der schwarzen Kulturpolitik unter Kanzlerin und Kulturministerin Angela Merkel ist jetzt zu Ende! Die Ära der Grünen-Kulturpolitik mit **Claudia Roth** auf der Bundesebene beginnt.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
twitter.com/olaf_zimmermann

PS. Die selbständigen Künstlerinnen und Künstler haben mal wieder das Nachsehen. Über die Bedeutung der Corona-Beschlüsse der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin auf den Kulturbetrieb, habe ich gestern Abend mit Jürgen Deppe auf NDR-Kultur gesprochen. [Hier kann das Gespräch nachgelesen werden.](#)

Was bleibt nach 16 Jahren CDU-Bundeskulturpolitik? Kulturpolitischer Rückblick & Ausblick

3. Dezember 2021

Die Ära Merkel ist zu Ende. Damit endet eine 16-jährige Erfolgsgeschichte christdemokratischer Kulturpolitik in der Berliner Republik. Der Schwerpunkt in der aktuellen Ausgabe Politik & Kultur wirft einen Blick zurück auf die vergangenen 16 Jahre CDU-Kulturpolitik und fragt: Was bleibt davon und was kommt jetzt?

- Eine Art staatliches Hauptstadt-Mäzenatentum Von Mariam Lau
- „Die politische Bedeutung der Kultur wurde signifikant gestärkt“ Monika Grütters im Gespräch mit Hans Jessen
- „Kunst ohne Risiko gibt es nicht“ Tanja Dückers im Gespräch mit Ludwig
- Von der nationalstaatlichen zur paneuropäischen Kultur Von Nils Minkmar
- „Von der neuen Bundesregierung erhoffe ich mir ...“ Antworten der Sprecherinnen und Sprecher des Deutschen Kulturrates
- Neue Sicht auf die Dinge Von Markus Hilgert
- Viel ist erreicht, viel bleibt zu tun Von Gilbert Lupfer
- Dringend geboten Von Oliver Scheytt
- Sharing, Caring, Listening Von Gitte Zschoch
- Quo vadis? Von Susanne Keuchel
- Reifezeit für die Kulturwirtschaft Von Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm
- Die Parameter der Schieflage sind offenbar Von Dagmar Schmidt
- Die deutsche Filmförderung Von Alexander Thies
- Neue Prioritäten für die Kultur! Von Christian Höppner
- Kulturschaffende ins Zentrum der Kulturpolitik Von Lisa Basten und Lisa Mangold
- Mühen der Ebene Von Harald Schmid
- Schluss mit „Freiheit gegen Prekarität“ Von Lena Krause
- „Von der künftigen Bundesregierung erwarte ich ...“ Antworten der Kulturministerinnen und -minister der Länder
- Das Ende einer Ära Von Olaf Zimmermann

Druckfrisch: Politik & Kultur-Doppelausgabe Dezember/Januar

Themen der Ausgabe:

- **Das Ende eine Ära**
Was bleibt nach 16 Jahren CDU-Kulturpolitik? Und was kommt jetzt?
- **Pop & Populismus**
Braucht die Musik eine Selbstkontrolle, um antisemitischen, sexistischen und rassistischen Tendenzen entgegenzuwirken?

3. Dezember 2021

- **Europa**

Kulturprojekt Europa: Wie wollen wir in Zukunft auf unserem Kontinent zusammenleben?

- **Medien**

Jahresrückblick: Von der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis zur Filmförderungsgesetz-Novelle

Weitere Themen: Antisemitismus im deutschsprachigen Hip-Hop, Selbstkontrolle und Medienschutz, Möller meint: Russland und der Fall Memorial, Frauen in der Kunstwelt, Goethes Welt Brasilien: Leben im Einklang mit der Natur, Katja Wildermuth im Porträt, Keuchels Kontexte: Ganztage u.v.m.

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
- Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 30,00 Euro (inkl. Porto), im Abonnement für Studierende: 25 Euro (inkl. Porto).
- Die Doppelausgabe Dezember/Januar von Politik & Kultur mit dem Schwerpunkt „Das Ende einer Ära: Was bleibt nach 16 Jahren CDU-Kulturpolitik? Und was kommt jetzt?“ steht auch als kostenfreies E-Paper (pdf-Datei) zum Herunterladen bereit.

Heute: Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Der internationale Tag der Menschen mit Behinderung wird seit 1993 jedes Jahr am heutigen 3. Dezember begangen. Er soll das Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderungen stärken.

Eine Behinderung ist kein bedauerlicher Einzelfall, sondern kann jeden oder jede betreffen. Umso erstaunlicher ist es, dass auch im Kultur- und Medienbereich Behinderung immer noch eine relativ geringe Rolle spielt. Natürlich, es gibt die Pioniere, die vor Jahrzehnten begonnen haben, sich für Inklusion einzusetzen. Durchgängig angekommen ist das Thema im Kulturbereich aber noch nicht und vor allem mangelt es an der beruflichen Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen in Kultur und Medien.

Seit Jahren setzt sich der Deutsche Kulturrat für mehr Inklusion im Kulturbereich ein. Nach dem 2018 erschienenen Dossier „Inklusion in Kultur und Medien“ widmete Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, sich in diesem Jahr dem Thema mit dem

3. Dezember 2021

Schwerpunkt „Kultur braucht Inklusion – Inklusion braucht Kultur“. Auch die vor Kurzem erschienene Studie „Diversität in Kulturinstitutionen 2018-2020“ untersucht, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Behinderung in bundesgeförderten Kultureinrichtungen und -institutionen beschäftigt werden.

Sonderfonds Kulturveranstaltungen

Damit trotz der widrigen Umstände Kulturveranstaltungen durchgeführt werden können, hat der Bund einen Sonderfonds Kulturveranstaltungen in einer Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Der Deutsche Kulturrat vertritt den Kulturbereich im Lenkungsausschuss des Fonds.

Der Sonderfonds besteht aus zwei Modulen:

Eine **Wirtschaftlichkeitshilfe** gewährleistet, dass Veranstaltungen auch dann durchgeführt werden können, wenn aus Gründen des Infektionsschutzes weniger Besucherinnen und Besucher zugelassen sind und somit weniger Tickets verkauft werden können. Deshalb gibt es einen Zuschuss auf die Einnahmen aus Ticketverkäufen, um die Finanzierungslücke solcher Veranstaltungen zu schließen.

Eine **Ausfallabsicherung** soll Veranstaltern zudem Planungssicherheit für größere Kulturveranstaltungen geben. Deshalb übernimmt der Sonderfonds für förderfähige Veranstaltungen im Falle coronabedingter Absagen, Teilabsagen oder Verschiebungen den größten Teil der Ausfallkosten.

Hier erhalten Sie aktuelle Informationen zur Beantragung der Sonderfondsmittel:

1. Allgemeine Fragen
2. Registrierung und Antragstellung (relevant für beide Module)
3. Wirtschaftlichkeitshilfe für Veranstaltungen bis zu 2.000 Teilnehmenden
4. Ausfallabsicherung für Veranstaltungen mit mehr als 2.000 möglichen Teilnehmenden
5. Welche Kosten sind im Rahmen des Sonderfonds für Kulturveranstaltungen förderfähig?

Noch weitere Fragen?

Service-Hotline 0800 6648430

service@sonderfonds-kulturveranstaltungen.de

3. Dezember 2021

Text der Woche: Klaus-Dieter Lehmann „Kein Europäer soll sich in einem europäischen Land als Fremder fühlen“

Lesen Sie ab sofort in jeder Ausgabe von Politik & Kultur einen Beitrag von Klaus-Dieter Lehmann in der neuen Reihe „Kultur Global mit Lehmann“.

„Häufig wird der Eindruck vermittelt, die EU sei in erster Linie ein ökonomisches Projekt. Mit einem solchen technokratischen Ansatz wird sie eher als Serviceeinrichtung eingeordnet denn als wertebezogene Gemeinschaft. Es bedarf einer Neujustierung, bei der sich Europa als gemeinsam von den Bürgern gestalteter Raum der Gesellschaften versteht.“

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Bis 2020 war er Präsident des Goethe-Instituts.

Lesen Sie den Text hier!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat